FileNr:21|id:HB9B1D8F26-E6B6-46D5-A1C6-43CB061A89C3|date:2014-10-31|source:HB|title:Falscher Fortschrittsglaube

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Wolfgang Streeck haelt es fuer moeglich, dass der Kapitalismus an seinen Krisen verendet. Seit es den Kapitalismus als Gesellschaft gibt, wurde ihm sein bevorstehender Untergang vorhergesagt: von John Stuart Mill, Karl Marx, Max Weber, Joseph Schumpeter, John Maynard Keynes und anderen. Heute, durch Erfahrung klug geworden, zoegern wir, uns in dieser Hinsicht festzulegen.

Nicht nur sein zaehes Ueberleben bis heute haelt uns davon ab, die Geschichtlichkeit und damit die zeitliche Begrenztheit des Kapitalismus ernst zu nehmen. Hinzu kommt eine Vorstellung vom Wandel und Wechsel der Epochen, die aus dem fortschrittsglaeubigen 19. Jahrhundert stammt, dass eine Gesellschaft nur enden kann, wenn eine bessere Gesellschaft bereitsteht, sie abzuloesen: Ein alter Bauplan wird durch einen neuen, ausgedacht von klugen Zukunftsplanern, ersetzt, durch Beschluss einer wohlmeinenden und weitsichtigen Reform- oder Revolutionselite. Wer so denkt, wird nicht anders koennen, als dem modernen Kapitalismus apriori zuzutrauen, jede seiner Krisen, sei sie noch so schwer, zu meistern.

Dennoch glaube ich, wir haben gute Gruende, die Moeglichkeit ins Auge zu fassen, dass der Kapitalismus an den zahlreichen Krisen, die er gegenwaertig durchmacht, verendet. Dazu allerdings muessen wir unseren Fortschrittsglauben hinter uns lassen und uns klarmachen, dass eine Gesellschaft, anstatt zugunsten einer besseren abgewickelt zu werden, auch enden kann, indem sie die Faehigkeit verliert, ihren Mitgliedern Erwartungssicherheit in einer berechenbaren, verlaesslichen Ordnung zu bieten. Eine Gesellschaft ist keine mehr, wenn Unfaelle in ihr zur Regel werden, wenn sie fuer ihren Fortbestand auf prekaere Improvisationen ihrer Mitglieder angewiesen ist und wenn es ihr nicht mehr gelingt, ihre im Kampf ums alltaegliche Dasein sich verbrauchenden Mitglieder fuer "Kulturideale" im Weber'schen Sinne zu mobilisieren, aus denen allein so etwas wie Solidaritaet erwachsen kann.

Vieles spricht dafuer, dass die kapitalistische Gesellschaft der Gegenwart dabei ist, in diesem Sinne in ein Endstadium einzutreten. So war die Krise von 2008 nur die Fortsetzung einer nun schon jahrzehntealten Krisensequenz. Die 1970er-Jahre standen im Zeichen der Inflation, gefolgt in den 1980ern von einem dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung und anschliessend, Mitte der 1990er, von einer rapiden Zunahme der Privatverschuldung. Alle drei, Inflation und oeffentliche wie private Verschuldung, waren Loesung und Problem zugleich: Sie befriedeten die schaerfer gewordenen Verteilungskonflikte, wurden aber saemtlich selber zu Krisenursachen und mussten anderen, ebenso problematischen Notloesungen weichen. Nach 2008 begann eine vierte Phase, mit erneuter weltweiter Zunahme der Staatsverschuldung und einem explosiven Wachstum der Bilanzsummen der Zentralbanken um nicht weniger als das Dreifache zwischen 2007 und 2014. Auch diese Loesung, die freihaendige Produktion von synthetischem Geld, ist dabei, sich in ein Problem zu verwandeln. Woher diese Sequenz? Fuer die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Synthese von Kapitalismus und Demokratie gibt es zwei Gleichgewichtspunkte, einen wirtschaftlichen und einen politisch-gesellschaftlichen. Staatliche Politik muss versuchen, beide gleichzeitig zu realisieren. Aber ohne hohes und stetiges Wachstum gelingt die Herstellung eines politischen Gleichgewichts tendenziell nur um den Preis eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts, ebenso wie die konsequente Verfolgung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts das politische Gleichgewicht gefaehrdet. Eingriffe in den Markt zur Sicherung von politischer Stabilitaet verzerren die relativen Preise und koennen Wirtschaftskrisen zur Folge haben, die dann auch die Politik destabilisieren - waehrend eine Politik, die den Markt sich selbst ueberlaesst, um die Oekonomie in ihr Gleichgewicht kommen zu lassen, gegen populaere Gerechtigkeitsvorstellungen verstoesst. So muss staatliche Politik im demokratischen Kapitalismus darauf hoffen, dass zwischen ihren Krisenloesungen und den von ihnen verursachten Folgekrisen genug Zeit vergeht, damit sie sich nicht mit beiden Hoernern ihres Dilemmas auf einmal befassen muss. Allerdings blieb das Verhaeltnis von Kapitalismus und Demokratie im Durchgang durch die Krisensequenz nicht unveraendert. Die Arena der politisch-oekonomischen Konfliktaustragung verschob sich vom Arbeitsmarkt in der Phase der Inflation auf die elektorale Politik in der Aera der Staatsverschuldung, dann in den Jahren steigender Privatverschuldung auf den Kapitalmarkt und heute auf internationale Organisationen und Gipfelkonferenzen sowie gegen demokratische Kontrolle abgeschirmte "unabhaengige" Zentralbanken. Dabei entfernten sich die politisch-oekonomischen Entscheidungsprozesse immer weiter von der Erfahrungswelt und dem Einwirkungsvermoegen der Bevoelkerung, bis sie endgueltig hinter einem Schleier technokratischen "Sachverstands" und unter sieben Siegeln der Verschwiegenheit verschwanden. Kurzfristig mag die so erreichte Abkoppelung des Kapitalismus von der Demokratie das Regieren erleichtern; tendenziell jedoch untergraebt sie die Legitimitaet beider - siehe die ueberall sinkende Wahlbeteiligung bei wachsender Zustimmung zu radikalen Parteien. Wenn, wie es scheint, die Zukunft des Kapitalismus in den OECD-Laendern von einer fortschreitenden politisch-oekonomischen Entmachtung der Demokratie abhaengt, stehen viele heisse Herbste ins Haus, und nicht nur im Mittelmeerraum. Hinzu kommen drei nun schon jahrzehntealte, neben der Krisensequenz herlaufende, kontinuierliche Abwaertstrends, die sich anscheinend laengst zu einer unentwirrbaren Todesspirale verknotet haben: sinkendes Wachstum, zunehmende Ungleichheit und steigende Verschuldung, nicht nur der Staaten, sondern auch der privaten Haushalte und der Unternehmen. Konflikte eindaemmendes Wachstum und egalisierende Marktkorrekturen waren unentbehrliche Stuetzpfeiler des Nachkriegskapitalismus. Aber weder "neoliberale" Umverteilung nach oben noch "keynesianische" Verschuldung waren in der Lage, den Kapitalismus der OECD-Laender auf einen Wachstumspfad zurueckzubringen. Kraefte, die die drei Trends beenden oder gar wenden koennten, sind nicht zu erkennen. Gleichzeitig ist klar, dass sie ebenso wenig wie die gegenwaertige Expansion der Geldmenge, um derentwillen die Zentralbanken dabei sind, sich in Bad Banks zu verwandeln, ewig weitergehen koennen. Tatsaechlich verstaerken sich die drei Abwaertstrends gegenseitig. Zurueckgehendes Wachstum vermindert die Konzessionsbereitschaft der Begueterten und erhoeht so die Ungleichverteilung der Einkommen; diese wiederum beeintraechtigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, was das Wachstum weiter herunterdrueckt. Das hohe Verschuldungsniveau steht selbst bei niedrigsten Zinsen der Aufnahme der fuer neues Wachstum noetigen zusaetzlichen Kredite im Wege, waehrend umgekehrt niedriges Wachstum den Schuldenabbau erschwert. Zugleich nimmt mit immer hoeheren und breiteren Verschuldungspyramiden das Risiko eines erneuten Zusammenbruchs des Finanzsystems zu. Der kritische Zustand des OECD-Kapitalismus ist in seinen Steuerungszentralen bekannt. Dort herrscht Ratlosigkeit, durchaus am Rande der Verzweiflung: warum kein Wachstum trotz billigsten Geldes? Ist Inflation die Gefahr oder Deflation? Wann muss, wann kann das Gelddoping aufhoeren? Kommt neues Wachstum von mehr oder von weniger Staatsausgaben? Larry Summers persoenlich, Deregulierer der Finanzmaerkte unter Clinton, sieht den Kapitalismus im Zustand "saekularer Stagnation"; schon der "Boom" der neunziger Jahre, so Summers, einer seiner Architekten, vor knapp einem Jahr beim Internationalen Waehrungsfonds, war eigentlich keiner mehr, sondern eine Blase. Das bisschen Wachstum, das in Zukunft noch zu erwarten sei, werde es nur um den Preis periodischer Explosionen nach Art von 2008 geben. Not, so ihm sekundierend Paul Krugman in der "New York Times", kennt kein Gebot: Wenn verantwortliche Kreditvergabe nicht mehr reiche, sei unverantwortliches Borgen und Leihen, mit gelegentlichen Zusammenbruechen der Maerkte, immer noch besser als gar nichts - keine Uebertreibungen deshalb bei der Neuregulierung der Finanzmaerkte! Lieber Produktion, die keiner braucht, als ueberhaupt keine Produktion. Panik auf der Titanic! Die Verzweiflung im Maschinenraum und auf der Kommandobruecke ist abgrundtief. Wo sind die Rettungsboote? Aber gibt es ueberhaupt welche? Der Autor ist Direktor am Max-PlanckInstitut fuer Gesellschaftsforschung. [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)...

Fokus Deutschland N/A

Warnend-Negativ